

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 38

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1, Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 17. September 1921

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzulösen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Rückblick auf unsere letzte Lohnbewegung.

Der 28. Dezember 1920, der 29. April und der 26. August 1921 bilden wichtige Daten in der Geschichte der Lohnbewegungen für das Malergewerbe des laufenden Jahres. An diesen Tagen wurden durch Entscheidungen des Haupttarifamtes unseres Reichstatarifvertrages für die etwa 280 diesem unterstehenden Lohngebiete im Reichsarbeitsministerium Lohnverordnungen festgesetzt. Nebenher sind dann immer fast in gleichem Maße auch die Löhne in den nicht mehr zum Reichstatarifvertrag gehörenden Gebieten, in Rheinland und Westfalen, in Schlesien, dem Freistaat Sachsen und einer größeren Anzahl einzelner Lohngebiete durch besondere Vereinbarungen erhöht worden.

Wolle Zufriedenheit werden Lohnverhandlungen niemals oder doch nur höchst selten erzeugen, weder hüben noch drüben. Je menschenwürdiger der Arbeiter zu leben vermag, desto empfindlicher wirkt das auf den Geldbeutel des Arbeitgebers, und darum ist diesem der bedürftigste und schlechtestbezahlte Arbeiter stets der liebste. Es ist das größte Verdienst unserer Gewerkschaften, gegen diese ganz elementar wirkende Tendenz bewußt und planmäßig anzukämpfen, die Arbeiterschaft dadurch vor völliger Verelendung, vor körperlichem und geistigem Verfall zu bewahren, und sie so zu befähigen im öffentlichen Leben, im Staat und auf die Gesetzgebung immer größeren Einfluß zu erhalten. Denn wer vermag zu behaupten, daß ohne unser planmäßiges Streben nach angemessenen Löhnen, verbunden mit dem Streben nach kürzerer Arbeitszeit, nach weitestgehendem Gesundheits- und allgemeinem Arbeiterschutz, nach weitestgehendem Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wofür die Tarifverträge die äußeren Zeichen sind, unser Einfluß auf die Gesetzgebung und auf die ausführenden Behörden schon so groß wäre, wie er trotz vielen noch unerfüllten Wünschen doch immer schon ist. Hätte uns die große Masse der Arbeiter bis zur Revolution nicht so überaus interesselos ja feindlich gegenüber gestanden, und hätten seitdem die unsagbar schädlichen Meinungs- und Parteikämpfe innerhalb der Arbeiterschaft vermieden werden können, so ständen wir heute natürlich weit besser da. Dann würden Schieber und Wucherer nicht schalten und walten, gewissenlose Nationalisten zu neuen Kriegen, zu Mord und reaktionären Anschlüssen heizen und für die Wiederaufrichtung des fluchbeladenen Regiments zu wirken sich erdreisten können, das das deutsche Volk in namenloses Elend stürzte; dann würde außer der Sicherung der Republik auch für unsere Kollegen ein weit höherer Stand der Lebensverhältnisse und ein weit größerer Einfluß in Staat und Gesellschaft erreicht sein, als es so leider vorerst nur der Fall ist.

Was wir bis Ende 1920 und durch unsere drei letzten Lohnbewegungen für dieses Jahr erreichten, ist der Ausdruck der in unserer Organisation vereinigten Macht im Verhältnis zu den dieser entgegenwirkenden Faktoren. Hätten wir diese Macht nicht rechtzeitig und so, wie es die gerade herrschende Situation zuließ, eingesetzt, so ständen wir noch auf einem weit niedrigeren Niveau trotz ebenso hoch gestiegener Preise und trotz vielleicht vielerorts aus der Verzweiflung der Kollegen mehr oder weniger planlos und willkürlich hervor- gebrochener Streiks, die hier und da vielleicht zu recht guten Erfolgen, an andern Orten aber wieder zu Niederlagen geführt hätten, ohne daß hierdurch der Gesamtheit unserer Kollegen wirklich genützt worden wäre. Und auch die so wirklich errungenen Erfolge würden nur von Dauer sein, wenn dahinter unsere Organisation mit ihrem moralischen Einfluß steht: stets aktionsfähig, wenn man die errungenen Positionen angreifen sich erklären wollte.

In diesem Zusammenhang betrachtet, sehen wir vorerst immer noch in der zentralen Regelung der Lohnverhältnisse unserer Kollegen auf der Grundlage des Reichstatarifvertrages und der neberher selbständig bestehenden Bezirksstarife die geeignetste Methode unserer Lohnpolitik, wenngleich wir es auch be- greifen können, wenn man in verschiedenen Orten mit be- sonders guter Konjunktur und sonst günstigen Verhältnissen

glaubt, außerhalb der tariflichen Bedingungen größere Vor- teile erringen zu können. Diese Meinung begreifen heißt aber noch nicht, sie billigen oder gar begünstigen. Denn sie läßt sich nur dadurch verwirklichen, daß es nur eine begrenzte Zahl von Orten ist, die so ihre eigenen Wege geht, und ohne Rücksicht auf sehr unangenehme Neben- wirkungen und den Schaden, den andere Orte davon haben, das Interesse der Gesamtheit unserer Kollegenschaft und der Organisation außer acht läßt. Darum können solche Be- wegungen von uns auch nicht unterstützt werden. Durch solche Einzelbewegungen, mit denen man uns meist außerdem noch völlig überrascht, wird zudem die Planmäßigkeit unserer Organisationsstätigkeit gestört, und es werden zu ganz un- geeigneter Zeit Kräfte verbraucht, die uns dann fehlen müssen, wenn wir zu umfassenden Angriffskationen tatsächlich gezwungen sind.

Gewiß sind die Verhältnisse heute so aufreizend und das Verhalten der Arbeitgeber, die mit ihren Lohnzugeständnissen auch einzelnen Gehilfen oder örtlichen Organisationen gegen- über stets weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurück- bleiben — das andere muß ihnen allemal in tagelangen Ver- handlungen erst mühsam abgerungen werden — noch dazu in unserer fieberhaft erregten Zeit so provokatorisch, daß wir manches sonst unbegreiflich Erschienene sehr wohl zu würdigen wissen. Nachdem aber unser Haupttarifamt gesprochen hat, muß allerorts das erzielte Ergebnis vorerst respektiert und alle weitergehenden Ansprüche müssen zunächst bis zum nächsten Treffen zurückgestellt werden.

Wir berichteten bereits, daß unser jetziges Lohnabkommen erst nach dreitägigen, mit größter Hartnäckigkeit geführten Verhandlungen zustande kam. War die Begründung, die hier einleitend Kollege Streine in längerer Rede für unsere auf durchschnittlich 2 M. Stundenlohnerhöhung be- messene Forderung gab, auch so überzeugend, daß sich ihr selbst der unparteiische Vorsitzende im Grunde anschließen mußte, so wurde ihr von den Arbeitgebern durch deren Vorsitzenden Herrn Kruse natürlich entschieden widersprochen. Galtten wir auf die ständige, seit kurzem aber geradezu sprunghaft auftretende und sicher noch andauernde, mit dem fortgeschritten Fallen unserer Valuta in Wechselwirkung stehende Ver- teuerung aller Warenpreise und Sachleistungen, Steuern, Verkehrsgelegenheiten usw., auf die sehr gute Konjunktur, die sehr einträglichen Arbeitspreise und die bisher immer zurück- gestandenen Löhne unserer Kollegen an der Hand eines reichen Beweismaterials hingewiesen, so gab es für die Arbeitgeber über- haupt keine Preissteigerungen; nur der Brotpreis sei geringfügig gestiegen, während andere Erhöhungen durch Preisrückgänge ausgeglichen seien. Zudem wären unsere Löhne schon mehr- mals erhöht worden, als die bekannten Indizes zurück- gegangen seien. Man brachte es sogar fertig, das Bestehen einer sehr guten Konjunktur zu bestreiten, ebenso die sehr emporgetriebenen Arbeitspreise usw. Und während man bei den letzten Verhandlungen, als damals die Materialpreise stark gefallen waren, erklärte, man arbeite noch mit den großen Beständen, die vorher teuer eingekauft worden wären, operierte man jetzt mit den wieder geringfügig gestiegenen Preisen, so daß von uns darauf verwiesen werden mußte, daß die Arbeit- geber sich doch inzwischen ebenso mit billigem Material ein- gedeckt haben müßten und darum vorläufig nichts von der Materialverteuerung spüren. Die Wichtigkeit dieses Hin- weises quitierte man zwar durch Schweigen, dafür aber holte man andere, wenn auch nicht zugkräftigere Argumente heran. Natürlich spielte auch wieder die „Not“ der Hausbesitzer, die unsere Arbeitgeber meist persönlich trifft und um die zu be- heben unsere Kollegen nach Ansicht manches wohlmeinenden Meisters einige Groschen billiger arbeiten müßten, eine große Rolle.

So ging es einen vollen Tag, zum Schluß unter leb- hafter Assistenz der anwesenden Bezirksvertreter, hin und her; wie schon erwähnt, lebhafter und zäher als jemals seit 1913. — Am zweiten Tage verhandelte das Haupttarifamt unter sich. Unseres Forderung von 2 M. oder etwa 80 % stand das An- gebot der Arbeitgeber von 5 % lange Zeit schroff gegenüber.

Nun versuchte der unparteiische Vorsitzende sein Heil durch viele zwar gutgemeinte, aber praktisch unannehmbare Vorschläge. Die schon tags zuvor beigebrachten Beweis- gründe wurden unter Aufwand aller Ueberredungskünste in den verschiedensten Variationen beiderseits noch mehrmals dargelegt. Schließlich beharrten dann nach vielstündigem Ringen die Arbeitgeber auf 10 % Zulage während der ganzen Dauer der ihrer Meinung nach auf 5 Monate zu bemessenden neuen Abkommens, während wir als äußerstes 15 % mit einer weiteren Steigerung um etwa 10 % am 15. Oktober beziehungsweise am 1. November bei einer Frist von 3 Mo- naten bezeichneten.

In einer hierauf stattgefundenen Sonderberatung der Arbeitgeber muß es heiß hergegangen sein. Besonders die süddeutschen Landesvertreter scheinen hier ihrer Bundes- leitung böß mitgespielt zu haben, so daß deren Vorsitzender mit der Erklärung zurückkam, an den Verhandlungen nicht mehr teilzunehmen. Nach weiteren Bemühungen des Unparteiischen fanden wir dann vor der Wahl, entweder die Verhand- lungen zum Scheitern zu bringen oder einen Vorschlag zu machen, durch den wir die erste Rate auf 10 % verkürzten, dagegen aber die zweite Rate in gleicher Höhe bereits vom 1. Oktober an forderten mit dem Vorbehalt, daß bei der ziffernmäßigen Festsetzung der Lohnsätze immer nach oben abgerundet werde. Das Abkommen sei ferner auf 3 Monate zu befristen.

Diesem Vorschlage wurde nach weiteren Verhandlungen zugestimmt und am dritten Tage die Berechnung der hiernach zu zahlenden Löhne für die einzelnen Orte vorgenommen, wobei es noch manche Differenzen durchzufechten gab.

Es lassen sich natürlich die vielen sehr entscheidenden Momente, die bei den sehr bewegten Verhandlungen für unsere rund 50 000 dabei direkt und indirekt beteiligten Kollegen von größter Bedeutung waren, hier nicht wieder- geben. Wer sich aber seiner großen Verantwortung der Organisation und der Kollegenschaft gegenüber bewußt ist, muß solche Stunden mit größter Bewegung erleben. Das mag den Kollegen, die für unsere auf unmittelbare materielle Erfolge gerichtete Tätigkeit nicht das erforderliche Verständnis haben können, nicht zum Bewußtsein kommen. Von der Mehr- zahl wissen wir aber, daß sie, durch eigene Erfahrung und miterlebte Lohnkämpfe aufgeklärt, zu würdigen weiß, was es heißt, unter richtiger Einschätzung aller mitwirkenden Faktoren eine Lohnbewegung am Verhandlungstische durchzuführen, bei der nicht nur Millionensummen, sondern auch das moralische Ansehen unseres Verbandes auf dem Spiele steht: zwei Ele- mente, die wir bei den uns noch bevorstehenden Bewegungen vielleicht noch viel ernsterer Art sehr notwendig haben werden.

Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß der Ausfall unserer letzten Lohnbewegung mit wenig Ausnahmen trotz mancher nicht in Erfüllung gegangener Wünsche richtig gewürdigt worden ist und appellieren eindringlichst an unsere Kollegen- schaft, das nunmehr für beide Parteien bindende Lohnabkommen auch praktisch durchzuführen.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die monatliche Erhebung über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder zeigt für den Monat August an- nähernd den gleichen Stand wie im Vormonat. Bei 52 705 Mitgliedern, für die Ende August berichtet wurde, sind 284, das sind 0,53 vom Hundert, als arbeitslos festgestellt, gegen 0,52 % bei 268 Arbeitslosen von ins- gesamt 51 302 Mitgliedern, für die im Juli berichtet worden ist. Betrachtet man die Ergebnisse des laufenden Jahres, so ergibt sich für die Wintermonate Januar und Februar ein so hoher Prozentsatz von Arbeitslosen, nämlich 15,4 beziehungsweise 13,6 %, wie er nur einmal in den Monaten nach dem großen Zusammenbruch Anfang 1919 mit 23,1 und 21 % übertroffen worden ist. Eine be- deutende Besserung trat im März und April ein, und von da an kann man von einer recht guten Konjunktur im Malergewerbe berichten; die Arbeitslosigkeit blieb dauernd unter 1 %.

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in dem während und nach dem Kriege so außerordentlich danieder- liegenden Malergewerbe entsprach nicht nur der dringen- den Notlage der Berufsgenössigen, sondern auch einem

vollwirtschaftlichen Bedürfnis. Die im April allgemein zugebilligten Mietpreiserhöhungen begünstigten die Vornahme der Renovierungen in Wohn- und Geschäftsräumen; einen weiteren günstigen Einfluß hatte die ziemlich bedeutende Preisentwertung der Farben und Farbindemittel, Öle, Lacke, Leim usw., die im Frühjahr recht zeitig eintrat, die aber leider seit einiger Zeit wieder eine bedauerlich stark steigende Tendenz zeigen. Diese Einfuhrartikel sind leider jeder Schwankung unserer zurzeit immer tiefer sinkenden Valuta unterworfen. Da uns die Rohprodukte fehlen, sind wir größtenteils auf das Ausland angewiesen; die wilde Devisenspekulation trägt zum weiteren ihr unheilvolles Teil bei, das durch den Krieg herabgewirtschaftete Deutschland nicht mehr hochkommen zu lassen. In letzter Zeit hat sich allerdings das Privatkapital in der bisher nur von Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften gepflegten Bautätigkeit anregen lassen, so daß wohl für den Verursich der Konjunktur zu erwarten ist, da in den Wintermonaten Privatarbeiten erfahrungsgemäß ausfallen, daß aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß die Arbeitslosenkurve nicht mehr auf den tiefen Stand der beiden letztjährigen Wintermonate herabsinkt.

Die Zahl der verkürzt arbeitenden Betriebe ist erfreulich wieder gefallen. Gegen 44 Betriebe mit 785 Kurzarbeitern im Juli sind im August nach unserer Feststellung nur noch 18 Betriebe mit 183 Beschäftigten gezählt, die infolge mangelnder Aufträge unter der normalen Arbeitszeit beschäftigt waren.

Im nachfolgenden ergänzen wir die bisher veröffentlichte Zusammenstellung um den Berichtsmontat:

Monat	Anzahl der Betriebe		Anzahl der Beschäftigten		Wöchentliche Arbeitszeitverkürzung								
	insgesamt	in Prozenten	insgesamt	in Prozenten	1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	über 24 Stunden	Wöchentliche Arbeitszeitverkürzung in Prozenten				
Januar	173	52,602	8116	15,43	604	2551	144	486	38	354	14	70	15
Februar	171	53,689	7296	13,59	170	752	16	96	13	98	25	80	19
März	172	52,651	8278	15,59	154	780	14	86	13	94	22	46	18
April	161	53,937	8462	15,65	9	63	3	36	13	94	7	67	31
Mai	174	53,851	559	1,04	3	360	2	9	10	58	8	37	18
Juni	165	53,969	468	0,88	2	16	4	17	17	114	8	37	27
Juli	144	51,502	268	0,52	34	728	4	32	6	25	3	47	28
August	183	52,705	284	0,53	2	120	8	41	8	22	1	28	28

Wenn unsere Mahnungen den noch unbefriedigenden Erfolg zeitigten, daß die Zahl der berichtenden Filialen von 144 im Juli auf 163 Filialen im August gestiegen ist, so bedeutet das immerhin noch einen sehr großen Ausfall von 28 Filialen, denen der Vorwurf nicht zu eripen ist, daß sie die Bedeutung der Statistik noch nicht erfasst haben, oder daß sie allzu leicht über die Wichtigkeit der Einhaltung eines genauen Termins hinweggehen. Es sei deshalb hier wiederholt darauf hingewiesen, daß die Statistikkarte spätestens am achten auf den Berichtsmontat folgenden Tag in Hamburg sein muß, demnach also von allen Filialen spätestens am vierten des neuen Monats abgeschickt werden muß. Folgende Filialen haben die Karten nicht oder zu spät eingesandt: I. Bezirk: Demmin*, Finsterwalde, Fürstwalde, Wlogau, Grödenberg i. Schl., Landsberg a. d. W., Liegnitz, Oppeln*, Larnowitz; II. Bezirk: Saarbrücken*, Trier*; III. Bezirk: Neuwied*, Beverungen*, Vöcklabruck*, Elbe*, Datteln*, Hamm*, Lippstadt*; V. Bezirk: Grimmitzschau*, Schwelb*, Zeitz; VI. Bezirk: Aalen*, Rempten*; VII. Bezirk: Kulmbach, Nürnberg, Rosenheim, Schweinfurt* und Weiden*.

Die mit einem Stern bezeichneten Filialen haben schon im vorigen Monat ihre Karte nicht rechtzeitig eingesandt. Für den Monat September wird die Erhebung noch auf einige weitere Fragen ausgedehnt, und sei hiermit erneut auf pünktliche Erledigung hingewiesen.

Die Weltreaktion.

Die Reaktion erhebt immer stärker ihr Haupt und ist zu offenem Angriff übergegangen. Der Arbeiterbewegung werden überall in den Siegerländern Hindernisse in den Weg gelegt. Von der Verfolgung des französischen Gewerkschaftsbundes sowie der Arbeiterchaft in den Vereinigten Staaten haben wir des öftern berichtet. Letztere nehmen an Umfang und Brutalität tagtäglich zu; der neue Präsident Harding hat durch Verhängung des Standrechts in einzelnen Gebieten, wo industrielle Unruhen zu befürchten waren, für das Kapital Partei genommen. Die ritterliche Gewalt und die Polizei stehen gleichfalls den Kapitalisten zur Verfügung. Dies nimmt in den Vereinigten Staaten zwar nicht wunder. Im so erspürlicher ist es, daß der frühere Staat der politischen Freiheit, die Schweiz, jetzt zur Schaffung eines Geistes herrscht, das jede kräftige Arbeiterbewegung zu ersticken berufen ist. Es soll in erster Linie die bolschewistische Propaganda verhindern, trifft aber die ganze politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Wie nun ein sozialdemokratischer Abgeordneter ausgedrückt hat, ist der Geistesentwurf gegen die ganze Arbeiterbewegung gerichtet, und es kann demnach jeder wirtschaftliche Streit zur Revolution geschleppt und die Teilnehmer können zu Gefängnis verurteilt werden. Das Demagogentum wird gefördert. Unter dem Vorwand der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe kann jeder Streik gestiftet und mit dem Justizhausvergehen verfolgt werden. Die Preis-, Rede- und Versammlungsfreiheit ist bei Annahme dieses Gesetzes dahin. Der jugoslawische Geistesentwurf gegen die Arbeiterbewegung überbietet aber alles, was bisher auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Verfolgung der Arbeiterbewegung geleistet worden ist. Die „Arbeiterzeitung“ ausführt, ist es das ungeheuerliche Verbrechen, das je der Kulturwelt zugewendet wurde, und stellt selbst die Grundgesetze des Völkervertrages in den Schatten. Die gewerkschaftliche Betätigung soll nicht weniger unterbunden werden als das ganze politische Leben. Das Streikverbot wird in aller Form in Kraft gesetzt. Die untersten Behörden sind be-

fugt, Gewerkschaften aufzulösen, und die Bezirksgerichte bringen darüber rechtskräftige Entscheidungen. Den öffentlichen Angestellten wird das Streikrecht genommen, ebenso den Arbeitern, die in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt sind. Beschäftigungslose Arbeiter kurzerhand aufgegriffen und ohne richterliches Urteil durch die Polizeibehörde in den Kerker gesteckt werden. Der Raumangel gestattet uns nur einen kurzen Auszug aus diesem Gesetz, von dem die „Wiener Arbeiterzeitung“ mit Recht sagt, daß Jugoslawien sich mit ihm aus der Kulturgemeinschaft Europas ausschaltet und in die Barbarei Asiens, an das es räumlich grenzt, versinkt. Rumänien folgt jetzt Jugoslawien auf diesem Wege.

Der soziale Rückschlag der Weltreaktion äußert sich außerdem darin, daß die Regierungen, die nach dem Ende des Krieges dem Ansturm der Arbeiterchaft keinen Widerstand leisten konnten, jetzt danach trachten, die sozialen Errungenschaften der letzten Jahre nach Möglichkeit abzubauen. In folgendem berichten wir von einzelnen weiteren Tatsachen, aus denen die neuerdings wieder auflebende antisoziale Richtung der Regierungen klar zum Ausdruck kommt. Daß die Unternehmer aus dem Vorgehen des Staates Mut für verschiedene willkürliche Handlungen gegen die Arbeiterchaft schöpfen, leuchtet ohne weiteres ein.

In England ist Anfang 1919 eine Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer und Arbeiter, bestehend aus 400 Vertretern dieser beiden Gruppen, auf Anregung der Regierung zustande gekommen; letztere verpflichtete sich, die einmütigen Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft auszuführen. Die Regierung Lloyd Georges, die übrigens in letzter Zeit sämtliche den Arbeitern gegebenen Versprechungen konsequent gebrochen hat, tat dies auch in diesem Falle. Nachdem die Arbeiterchaft noch einen letzten erfolglosen Versuch machte, die Regierung an ihr Versprechen zu erinnern und sie zur Ausführung der Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft bezüglich einer Anzahl von sozialpolitisch wichtigen Angelegenheiten zu bewegen, hat sich die Arbeitsgemeinschaft mit Zustimmung der Arbeitgeber auflösen müssen. Sie erklärte, daß alle ihre Bestrebungen durch die Regierung, die sie ins Leben gerufen hat, boykottiert wurden. Die für einzelne Industrien geschaffenen Whitley-Räte bestehen weiter.

Die englische Regierung hat sich zum Bau von einer halben Million Häusern entschlossen, um die Wohnungsnot zu beheben. Dieses Versprechen ist jetzt auch rückgängig gemacht worden, obwohl die Herstellungskosten seitdem bedeutend gefallen sind. Nur die bereits abgeschlossenen Verträge bezüglich der Errichtung von 170 000 Häusern sollen aufrecht bleiben. Der Wohlfahrtsminister hat sein Amt niedergelegt. Er behauptet, die Regierung habe sich einen schweren Wortbruch gegenüber der Arbeiterchaft zuschulden kommen lassen; das Sparen müßte auf andern Gebieten einsehen.

Die Minimallöhne in der englischen Landwirtschaft sind abgeafft worden, gleichzeitig mit der Aufhebung der Preisgarantie für die Landwirte. Letztere bekommen aber einen Ersatz für den Ausfall dieser Garantie: der Staat bezahlt 19 Millionen Pfund (3 bis 4 Pfund per Hektar) an die Landwirte; von einer Entschädigung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist aber nicht die Rede.

In Italien hat die neue Regierung Bonomi ihr Programm aufgestellt, wobei das Bedeutsamste ist, daß es sich über die Einführung der Arbeiterkontrolle, die der Arbeiterchaft bindend versprochen wurde, vollständig ausschweigt. Das Versprechen der Vergebung großer öffentlicher Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen soll zur Zufriedenstellung der Arbeiterchaft genügen. Während der Staat die Arbeiterchaft im Stich läßt, ist das Gebäude der Kollektivverträge in der Textilindustrie ins Wanken geraten; die Unternehmer wollen nunmehr nur mit den einzelnen Arbeitern Arbeitsverträge abschließen.

In Holland sind die staatlichen Unterstützungen für Arbeitslose wesentlich herabgesetzt worden, obwohl diese auch in ihrer früheren Höhe für den dürftigsten Lebensunterhalt der Arbeiter nicht ausreichten.

In Frankreich verspüren neuerdings die Eisenbahner die reaktionäre Politik der Regierung. Der Achtstundentag wird ihnen streitig gemacht. Daneben übt die Regierung, die ungeheure Summen für militärische Zwecke, für die Bewaffnung Polens usw. ausgibt, das Sparen auf Kosten der Eisenbahner. Der Lohn der Eisenbahner besteht aus einem fixen Teil und aus einem Feuerungszuschlag. Letzteren hat der Staat bisher bezahlt. (Die Eisenbahnen sind in Frankreich in Privatbesitz.) Dieser soll im nächsten Jahre in Wegfall kommen. Auch sonst sollen die Löhne der Eisenbahner, obwohl sie durch Schiedsspruch festgesetzt wurden, revidiert und herabgesetzt werden.

Das Existenzminimum im August.

Von Dr. R. Ruczyński,
Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.
Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im August 1921 infolge der Preissteigerung für Kleidung und viele Nahrungsmittel höher als in jedem einzelnen Monat seit Juni 1920. Teurer als im August 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheurer Höhe. Brot kostete dreizehnmal soviel wie vor 8 Jahren, Margarine und Marmelade fünfzehnmal soviel, Zucker und Milch sechszehnmal soviel, Kartoffeln neunundzwanzigmal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von August 1913 bis August 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den 4 Wochen vom 1. bis zum 28. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis August 1921	Preis August 1913
7600 g Brot	230	189
700 „ Zucker	920	57
Zusammen	3310	246

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 33,10 M zahlen muß, konnte man vor 8 Jahren für 2,46 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochenschnitt etwa 5700 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 18 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 bis 5700 = 5500 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzuliegen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 M, für eine Frau auf 46,50 M, für einen Mann auf 61,50 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im August 1913 für ein Kind 1,47 M, für eine Frau 3,28 M, für einen Mann 4,11 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 8 Jahren noch billiger, weil insbesondere billige Kartoffeln und billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 M, Frau 2,80 M, Mann 3,50 M.)

Rationierte Nahrungsmittel	Preis August 1921	Preis August 1913
250 g Roggenmehl	828	62
250 „ Hafersfloeden	170	7
250 „ Graupen	191	18
250 „ Kartoffeln	186	10
2000 „ Margarine	350	19
125 „ Margarine	800	20
1 Liter Milch	875	28
Zus. für ein sechs- bis zehnjähr. Kind	2400	147
500 g Brot	250	12
250 „ Speisebohnen	125	10
1000 „ Kartoffeln	175	6
1500 „ Gemüse	800	24
250 „ Buchweizen	475	56
125 „ Speck	500	28
250 „ Salzheringe	125	25
125 „ Margarine	300	20
Zusammen für eine Frau	4650	328
500 g Reis	425	22
250 „ Erbsen	150	10
125 „ Speck	500	28
250 „ Salzheringe	125	18
125 „ Margarine	300	20
Zusammen für einen Mann	6150	411

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M (1913/14: 5,50 M), für Heizung 17,60 M (1,15 M), für Beleuchtung 7,50 M (0,75 M). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleibern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M (2,50 M), Frau 20 M (1,65 M), Kind 10 M (0,85 M). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereien, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 % (1913/14: 25 %) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ghepaar	Ghepaar mit 2 Kindern
Ernährung	62,—	108,—	156,—
Wohnung	10,—	10,—	10,—
Heizung, Beleuchtung	25,—	25,—	25,—
Bekleidung	30,—	50,—	70,—
Sonstiges	38,—	58,—	78,—
August 1921	165,—	251,—	339,—
Juli 1921	158,—	237,—	324,—
Juni 1921	152,—	231,—	311,—
Mai 1921	140,—	209,—	285,—
August 1920	144,—	216,—	308,—
Aug. 1918/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vergleiche mein Buch: „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W 15, Seite 72.) Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im August 1921 für einen allein stehenden Mann 27 M, für ein kinderloses Ehepaar 42 M, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 57 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den allein stehenden Mann 8600 M, für das kinderlose Ehepaar 13 100 M, für das Ehepaar mit 2 Kindern 17 700 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum August 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den allein stehenden Mann von 16,75 M auf 165 M, das heißt auf das 9,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M auf 251 M, das heißt auf das 11,3fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 M auf 339 M, das heißt auf das 11,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 9,8 wertlos.

Lohnbewegungen.

Dresden. Das sächsische Landesstarikamt für das Malergewerbe hat am 2. September unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrat Brand nach eingehender Beratung einstimmig folgenden Schiedsspruch gefällt: Auf die bestehenden Lohnsätze der einzelnen Ortschaften sind folgende ständliche Lohnzuschläge zu gewähren:

Ortsgruppe	Som. 1. September 21	Som. 1. Oktober 21
I	80 %	50 %
II	75 „	50 „
III	70 „	50 „
IV	65 „	45 „

Dieser Lohnabkommen gilt auf 3 Monate bis 30. September 1921 und kann mit einer vierwöchigen Frist beider-

seitig gekündigt werden. Das Landesarbeitsamt bestatigt die Verlegung von Mittweida nach Ortsgruppe II und von Sichtenstein-Callenberg nach Ortsgruppe III. — Es betragt demnach der Stundenlohn in Gruppe I vom 1. September an 7,30 M., vom 1. Oktober an 7,80 M.; in Gruppe II vom 1. September an 6,85 M., vom 1. Oktober an 7,35 M.; in Gruppe III vom 1. September an 6,50 M., vom 1. Oktober an 7 M.; in Gruppe IV vom 1. September an 6,15 M., vom 1. Oktober an 6,60 M.

Saarbrücken. Die meisten Kollegen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Der Filiale Cassel übermitteln wir den Dank unserer gesamten Kollegen für die uns bezeugte Unterstützung während unseres Streiks. Hoch die Solidarität!

Oswald Schubert †

Am 4. September ist in Hannover unser lieber Kollege Oswald Schubert gestorben. Seit 81 Jahren hat er ununterbrochen im Kampfe für die Filiale Hannover gestanden. Schon als junger Kollege beteiligte er sich rege an der Organisationsarbeit und hat im Interesse des Verbandes viele Opfer gebracht. In dem Jahre der neunziger Jahre herrschenden Meinungsstreit über Anarchismus und Sozialismus versuchte auch Kollege Schubert sich Klarheit zu verschaffen. Obwohl er dem Anarchismus nie Sympathie entgegengebracht hat, glaubte er doch, sich über das Wesen des Anarchismus informieren zu müssen und hielt zu diesem Zweck eine anarchisistische Zeitung. Infolgedessen war er mancher Verfolgung durch die Polizei ausgesetzt, und auch noch, als er schon lange Zeit bei uns angestellt war, wurde er von den Schergen der damaligen Regierung bei jedem wilhelminischen Nummel heimlich überwacht. Durch diese Maßnahme hat auch wohl mancher Kollege und Genosse später geglaubt, Kollege Schubert habe in seinen politischen Anschauungen eine Schwelung durchgemacht. Dieses trifft nicht zu; seine Arbeit für die Arbeiterbewegung hat ihn stets als den Praktiker gezeigt, und obgleich ein großer Idealist, hat er nie Fiklen nachgestrebt, die sich nicht verwirklichen ließen. Seine Arbeit galt immer der Organisation und dem Wohle seiner Kollegen. In diesem Sinne hat er gewirkt, und nie war ihm eine Arbeit zuviel oder zu zeitraubend, wenn es galt, die Organisation zu stärken oder den Organisationsgedanken zu vertiefen. In unermüdblicher Strebensart hat er in der Agitation Großes geleistet und neben seiner Tätigkeit in Hannover den Organisationsgedanken auch hinausgetragen in die Orte, die heute noch der Filiale als Zahlstellen angeschlossen sind. Und wenn wir heute dem braven Kollegen für seine reiche Tätigkeit danken, so gedenken wir auch dankbar seiner Familie, die sich damit abfind und ihm die festeste Stütze bot, damit er sich vor allem seinen Berufskollegen widmen konnte.

Selber an vorderster Stelle stehend und am Aufbau der Filiale Hannover wirkend, wurde er 1904 als deren Geschäftsführer gewählt. In dieser Eigenschaft war er auch bis 1907 Bezirksleiter des damaligen Agitationsbezirks Hannover. Als Führer der Filiale hat er bei Streiks und Lohnbewegungen stets seinen Mann gestanden und auch verstanden, seinen Gegnern Achtung abzugewinnen. Im Orts- und Gauarbeitsamt hat er mit Geschick und Eifer die Interessen der Kollegen vertreten, und manch guter Erfolg ist ihm zu danken. Die Macht erkennend, die in einer guten finanziellen Fundierung der Organisation liegt, hat er sich stets und meistens mit Erfolg bemüht, dieses Ziel zu erreichen. Vom Vertrauen der Kollegen getragen, war es ihm auch möglich, als Delegierter auf allen Generalversammlungen seit 1908 für die gesunde Entwicklung des gesamten Verbandes zu wirken. Neben seiner Tätigkeit im Verbande fand er noch Zeit, für die allgemeine Arbeiterbewegung im sozialdemokratischen Verein und im Gewerkschaftsverband zu arbeiten. Nach der Revolution wurde er von der Partei als Senator in den Magistrat ernannt und als Bürgervertreter ins Stadtparlament gewählt. Vor 2 Jahren übernahm er auf Wunsch der hannoverschen Arbeiterpartei die Geschäftsführung des Gewerkschaftshauses und Volksheims. Leicht ist es ihm nicht gewesen, seine ihm lieb gewordene Stellung in unserm Verbande aufzugeben; doch hat er bis zum letzten Augenblick Anteil genommen an den Arbeiten unseres Verbandes, indem er das Amt eines Revisors und Delegierten im Ortsausschuß ausgeübt hat.

Lang hat Kollege Schubert seinem Herz und Nervenleiden Trost geboten, dem er nun doch erlegen ist. Die große Zahl seiner Freunde und Kollegen wird den Verlust dieses braven Kampfgenossen schmerzhaft empfinden und sein Andenken in Ehren halten. Die imposante und würdige Trauerfeier am 7. September brachte dieses besonders zum Ausdruck. Unser allverehrter Kollege leinert widmete dem Verstorbenen im Namen unseres Verbandes, der hannoverschen Arbeiterpartei und des Magistrats herrliche Worte der Dankbarkeit für seine mühevollen und reiche Arbeit, die er geleistet hat.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Seit Monaten recht — täglich kühner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Herrschaft der Arbeiterpartei und die dadurch geschaffenen politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hinderten, die notwendigen Sicherungen für den Bestand der demokratischen Republik also fehlten, glauben die Reaktionskräfte, ihre Zeit sei gekommen. Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwitzigster Beschimpfungen und schwerster Angriffe. Veranlassungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Bedrohungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalpolitischen Presse peitscht verdeckt und offen zum politischen Mord auf. Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen die Organe der Partei eine auffallende und ausgesprochene parteiische Milde. Symptomatisch für die innerpolitische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt der an Gareis und Erzberger. Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 29. August an Reichstagspräsident die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten

nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der demokratischen Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichstagspräsidenten, der rücksichtslose Beseitigung der eingerissenen Mißstände bestimmt versprach und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmerschaft lebhaft begrüßte.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Mit dem geschilberten Schritt eurer Vertreter kann es nicht sein Berwenden haben. Auch die tatkräftigste Leitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches. Scharf Euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, vergeßt, was Euch sonst trennen mag, laßt allen Bruderzwist und vereint Euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Erfreulicherweise haben sich die Vertretungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der SPD. und USPD., zu gemeinsamer Abwehr zusammengefunden. An unsere Mitglieder richten wir die Aufforderung, sich an den Protestaktionen, zu denen diese aufgefordert werden, vollständig zu beteiligen. Es gilt die Sicherung der Existenz der Republik!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gez.: P. Grafmann.

Sozialpolitisches.

Die Verteuerung der Lebensmittel. In den westeuropäischen Ländern war vom Herbst 1920 bis Juni 1921 ein Preisrückgang der Lebensmittel zu konstatieren. Demgegenüber zeigen die Indizes für den Monat Juni bereits wieder eine allgemeine Erhöhung der Lebensmittelpreise. Vom Mai bis Juni sind die Indizes für Lebensmittel in England von 221 auf 226, in Frankreich von 248 auf 262, in Schweden von 221 auf 227 gestiegen. Seitdem dauert die Preiserhöhung weiter an und hat auf die Lebensmittelpreise anderer Länder übergegriffen.

Eine Haushaltsrechnung reichte vor kurzem der „Magdeburger Volksstimme“ eine Frau ein. Sie schreibt: „Als einfache Arbeiterfrau hatte ich meinen Mann gebeten, mir den Begriff „Indizes“ zu verdeutlichen. Ich muß gestehen, ganz habe ich ihn nicht erfassen können; aber begriffen habe ich, daß die Statistiker damit zahlenmäßig die Preisschwankungen feststellen. Es soll danach eine Steigerung von 17 % eingetreten sein. Dies konnte ich nicht zugeben, weil mir bewußt war, daß ich viel mehr für die notwendigsten Lebensmittel zahlen muß. Um dies zu ergründen, habe ich die Preise von früher (vor wenigen Wochen) mit den jetzigen verglichen und dabei festgestellt, daß eine Steigerung der Preise um 81,08 % eingetreten ist. Als mein Mann abends heim kam, legte ich ihm folgende Liste vor:

Table with 4 columns: Item, Alte Preise, Jetzige Preise, Steigerung. Items include Fleisch, Wurst, Schmalz, Margarine, Butter, Kaffee, Zucker, Brot, Mehl, Weiße Bohnen, Käse, Seife, Milch, Runkelhonig, Eier, Reis, Zwiebeln, Kartoffeln.

Mein Mann rechnete und prüfte und mußte leinlaut zugeben, es stimmt. Meine „Indizes“ können von jeder Genossin nachgeprüft werden; sie sind eher zu niedrig als zu hoch aufgezeichnet. Die Preise beziehen sich auf Waren geringster Qualität, so wie sie nur in Arbeiterkreisen gekauft werden können. Mit Recht bemerkte mein Mann: „Deine Liste ist lückenhaft, lange nicht alles hast Du erfasst!“ Die Preiserhöhung für Rohlen, Grubelots, Nähgarn, Strumpfwolle, Obst usw. ist unberücksichtigt geblieben, und er hatte recht. Wenn wir auf einem Spaziergang an einem Obsthändler vorbeigehen, blutet mir das Herz; denn ich weiß, wie gern die Kinder Obst essen mögen und wie gut es ihrer Gesundheit dienen würde. Alles muß man sich und den Seinen versagen. Ich habe Pfund- und Stückpreise angenommen. Mein Mann mußte zugeben, daß ich statt 200 M. nunmehr 266 M. Wirtschaftsgeld pro Woche haben müßte. „Das kann ich Dir nicht geben,“ war seine sorgenvolle Antwort. „Die Arbeitgeber wollen nur 10 % Lohnerrhöhung gewähren und glauben, uns noch etwas zu schenken. Vor einigen Wochen sprachen sie noch vom Lohnabbau.“ — Die Genossin fordert dann alle Arbeiterfrauen auf, den Kampf mit den Männern gemeinsam in den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften zu führen. Treffend sagte sie: „Sorgt dafür, daß Partei und Gewerkschaften einig und stark bleiben, wir haben es nötiger denn je. Denn ohne diese sind wir überhaupt verloren.“

Wohnungsreparatur aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Aktion, Arbeitslose unter Zuzug aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit Wohnungsreparaturen zu beschäftigen, zeigt in Berlin erfreuliche Fortschritte. Anfanglich bestand in Handwerkerkreisen eine starke Abneigung gegen diese Aktion überhaupt. Erst als das Landesarbeitsamt dazu überging, auch dann Reparaturarbeiten zu bewerkstelligen, die von Arbeitslosen unmittelbar, also unter Umgehung des Handwerksmeisters,

übernommen waren, gaben die Unternehmer den Widerstand auf und bemühten sich in steigendem Maße um die Zuschüsse. Während in den Monaten November 1920 bis Januar 1921 die Summe der gearbeiteten Werktage unter 10 000 im Monat blieb, nämlich 5300, 6866 und 8396, stiegen die Monatszahlen von da recht schnell. Der Februar 1921 brachte 11 568 Tage, dann 20 617, 28 361, 37 007 Tage und erreichte im Juni 1921 bereits 42 992 Arbeitstage. Im ganzen wurden bis Ende Juni 161 782 Arbeitstage bezuschußt. Dieses bedeutet für rund 6500 Arbeitslose Beschäftigung für je ein halbes Jahr.

Den stärksten Anteil zeigen naturgemäß die Maler mit über 57 000 Tagen. Das engere Baugewerbe (Maurer, Hilfsarbeiter, Buzer und Zimmerer) weist zusammen fast 78 000 Tage auf, Dachdecker 8500 Tage, Gerüstbauer 5100 Tage, Klempner 5400 Tage, Töpfer 2962 Tage. Dagegen erscheinen die auf Tischler und Tapezierer entfallenden Tage mit 1954 und 1228 Tagen recht gering.

Der Zuschuß beträgt pro Tag und Arbeiter rund 32 M. Nach den neuerlichen Bestimmungen wird für langfristige Arbeitslose ein höherer Zuschuß ausgeworfen.

Durchaus begründet ist der weitere Ausbau dieser Einrichtung auch vom Standpunkte der Volksgesundheit. Nicht nur in Berlin, allerorten sind kleinstädtliche Hausbesitzer, deren ganzes Eigentum in ihrem Grundbesitz beruht und die tatsächlich finanziell nicht so gestellt sind, daß sie in der heutigen Wirtschaftsmisere die immer und immer wieder aufgeschobenen Renovierungen der vermieteten Wohnräume vornehmen lassen könnten. Ist es auch während des Krieges gelungen, größere Seuchen durch strenge sanitäre Maßnahmen von Deutschland fernzuhalten, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung, und ganz besonders der Bewohner der Arbeiterviertel in den Großstädten, durch Not und Unterernährung fast aufgehoben ist, daß es an Kleidung, an den notwendigsten Wäscheartikeln fehlt, daß die bis zur höchsten Potenz überfüllten Wohnräume dringendst einer Erneuerung des Anstriches der Decken, Wände, Fußböden usw. als einzig wirksame Desinfektion bedürfen. Damit würden auch viele andere Berufe und viele Tausende zum Bruchliegen ihrer Arbeitskraft Verurteilte für die kommenden Wintermonate Erwerbsmöglichkeit finden; es wäre deshalb nur zu wünschen, daß allgemein von dieser Aktion ein noch viel weiterer Gebrauch gemacht würde. Den Arbeitslosen könnte zu ihrem Vorteil noch sehr viel mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge geholfen werden, und der Staat trägt damit zur Erhaltung des Nationalvermögens bei, das er ja doch einmal für die Allgemeinheit zu übernehmen gezwungen sein wird.

Genossenschaftliches.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften stieg im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5 479 073 auf 7 890 102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Hunderttausende Gewerkschafter ihren Lebensbedarf unter Vereicherung privatalter Kapitalistischer Unternehmer decken. Der genossenschaftlichen Verarbeitung steht also noch ein weites Feld offen.

Hohe Umsatzzahlen. Die höchste Umsatzzahl der deutschen Konsumgenossenschaften im letzten Geschäftsjahre erreichte, wie mitgeteilt worden ist, die Hamburger „Produktion“, nämlich mehr als 308 Millionen Mark. Jetzt wird über die Umsatzzahlen der Berliner Genossenschaft berichtet, die zwar an die Hamburger nicht heranreichen, aber nichtsdestoweniger zu enormer Höhe gelangt sind. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung steigerte im abgelaufenen Geschäftsjahre 1920/21 ihren Umsatz von 137 921 477,25 M. auf 232 071 454,81 M. Der Bäckereiumsatz betrug 44 372 612,66 M. gegen 24 919 063,57 M. im Vorjahre, jedoch sank das verarbeitete Rohstoffquantum von 15 998 977 kg auf 12 856 175 kg. Die Konditorei hatte einen Rückgang zu verzeichnen, während die Kaffeebäckerei und die Selterfabrik sehr erfreuliche Fortschritte aufwiesen. Im letztgenannten Betrieb stieg der Umsatz von 446 417,41 M. auf 1 486 368,40 M., die Zahl der expedierten Flaschen von 711 660 auf 2 508 041. Eine ganze Anzahl neuer Warenabgabestellen konnte errichtet werden. Am 1. August dieses Jahres wurde der Konsumverein Behlendorf übernommen.

Vom Ausland.

Schweiz. Der Streit der Maler in Lausanne ist mit Erfolg beendet worden.

Holland. In Domburg befinden sich die Maler im Lohnkampf. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Entwicklung der englischen Baugilden. In den letzten fünf Monaten konnten die englischen Baugilden nicht viel neue Häuser herstellen. Schuld daran waren — wie ihre dem Gildekongreß unterbreitete Denkschrift ausführt — die Banken, die solche enorme Gewinne bei der Kreditgewährung erzielen wollten, daß die Gilden mangels eines gesunden Kreditwesens ihre Tätigkeit einschränken mußten. Die Zahl der einzelnen Baugilden betrug bereits 115, die voneinander unabhängig gearbeitet haben. Nun sind diese Ende Juli in eine einheitliche Organisation zusammengefaßt worden. Die Grundprinzipien bleiben diejenigen, die die einzelnen Gilden bereits befolgt haben: die Ausschaltung der Profite, die Sicherung der Lebenshaltung der beschäftigten Arbeiter, auch für den Fall der Arbeitslosigkeit. Auf dem Kongreß, der die Vereinheitlichung der Gilden zustande brachte, sind aber weitere neue Grundzüge festgesetzt worden, die für die zukünftige Entwicklung der gilden-sozialistischen Bewegung von Bedeutung sein dürften. Als Ziel der Baugilden ist ausdrücklich die Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers aus dem Baugewerbe bezeichnet worden; die Baugilden müssen auch für die Ausführung der größten Aufgaben ausgerüstet werden. Hierfür ist eine Nationalanleihe geplant. Noch wesentlicher ist aber die Unterstützung der

Arbeitschaft in den Gewerben, die die Baugilden mit Material versorgen. Erst wenn diese stark genug sein werden, die Lieferung von Baumaterialien für kapitalistische Unternehmer zu verhindern, wird die Versorgung der Baugilden mit Baumaterialien gesichert sein.

Ein weiterer Grundsatz: die Baugilden haben keine Geschäftsgeheimnisse. Die Herstellungskosten bei Ausführung von Bauten werden dem Besteller, sei er öffentliche Körperschaft oder Privatperson, bekanntgegeben. Diese enthalten nur die Preise für Material und Arbeitslohn, außerdem einen Fonds als Reserve, deren Zweck weiter unten näher ausgeführt wird. Die Baugilden haben nämlich einen neuen Vertragstyp ins Leben gerufen, den Vertrag auf Höchstpreis. Laut diesen Verträgen müssen die Besteller, entgegen den Gepflogenheiten im Baugewerbe, höchstens die im Vertrag festgesetzten Preise, möglicherweise jedoch weniger bezahlen. Eine Ueberschreitung des Voranschlages ist nicht gestattet. Der Verlust, der hierbei entstehen kann, wird aus dem obenerwähnten Reservefonds gedeckt: 1% der vertraglich festgelegten Baukosten und 2% der eventuell erzielten Ersparnisse müssen diesem Fonds zugewandt werden.

Die auf dem Kongress geschaffene Organisation gliedert die Gilden in lokale und größere Einheiten mit den entsprechenden Organen, deren Befugnisse genau umschrieben sind. Für Ausführung von Bauten für über 2000 £ ist die Zustimmung der Zentralorganisation erforderlich. Diese trägt auch die finanzielle Verantwortung und verwaltet den gemeinsamen Fonds, aus dem die Arbeiter regelmäßig bezahlt werden können, selbst wenn die eine oder andere Gilde keine Arbeit hat. Diese ausgleichende Organisation bringt die Bewegung um einen großen Schritt weiter; sie ermöglicht eine großzügige Ausgestaltung des Bauwesens auf gildensozialistischer Grundlage.

Es bleibt nur die Frage, ob die Regierung, die sich in letzter Zeit sowohl den Baugilden wie der ganzen Arbeiterbewegung gegenüber feindlich verhalten hat, der neuen Organisation keine Hindernisse in den Weg legen wird.

Eine landwirtschaftliche Gilde, die in der Umgebung von London ins Leben zu rufen versucht wird, hat ihre Statuten denen der Baugilden entnommen. Die Gilde plant eine kleine Musterfiedlung.

Verschiedenes.

Eperanto. Als im Jahre 1887 der Russe Dr. Zamenhof seine Welthilfssprache der Öffentlichkeit übergeben hatte, fand sie anfangs Zweifel, ja sogar Feindschaft, weil damals und auch heute noch europäische Großmächte ihre Nationalsprache als Weltsprache eingeführt wissen wollen. Daß diese Versuche die von der Arbeiterschaft gewollte Völkerverständigung noch nicht bringen konnten, ist ohne weiteres klar. In einer einmaligen Synthese wurden nicht weniger als 4 Sprachen geprocen; dies brachte Zamenhof auf den Gedanken einer Welthilfssprache, mit deren Hilfe sich alle Völker verständigen könnten. Der erst kürzlich in Prag abgehaltene Weltkongress war von 2600 Teilnehmern besucht. Mehr als 30 internationale Fachverbände und ungezählte nationale Sprachverbände vertreten diese Eperanto. In fast allen Ländern der Erde bestehen Eperanto-Zeitungen und -Literatur. Schon im Jahre 1904 in Grenoble und 1905 in St. Quentin wurde auf den dort stattgefundenen Weltkongressen die Einführung des Eperantos als Kongresssprache befürwortet. Handel und Industrie benutzen es vielfach für ihre Auslandskorrespondenz. Eperanto ist also ein Kulturfaktor von überaus großer Bedeutung für die Arbeiterschaft der Welt. Jeder Delegierte konnte auf internationalen Kongressen mit Hilfe des Eperantos sich verständlich machen, was gewiß ein Fortschritt zur Völkerverständigung und Völkerverbrüderung wäre.

Der Deutsche Arbeiter-Eperantobund wird im September eine Werbewoche veranstalten, mit deren Be-

endigung in allen Orten Deutschlands, wo Ortsgruppen bestehen, neue Kurse beginnen. Für andere Orte Unterricht brieflich. Kollegen, die Kosten sind gering. Lernet Esperanto zur Verständigung der internationalen Arbeiterschaft untereinander und für deren Befreiung, denn Wissen ist Macht! G. V., Nürnberg.

Fachtechnisches.

Ausbildung in Holz- und Marmoralei. Es wird des öfters bei Lohnforderungen von den Arbeitgebern der Einwand erhoben, daß die Gehilfen in ihren Leistungen teilweise sehr minderwertig seien und überhaupt an einer fachlichen Ausbildung wenig Interesse hätten. Daß gerade das Gegenteil der Fall ist, beweist wieder beispielsweise folgende Tatsache: Die Filiale Worms ließ zwecks Abhaltung eines Kurses für Holz- und Marmoralei den Kollegen Zimmermann, Kursusleiter an der Mannheimer Gewerbeschule, kommen, der sich bereit erklärt hatte, für eine mäßige Vergütung einen Anleitungskursus zu geben. Es beteiligten sich hieran 28 Kollegen, und es war wirklich eine Freude, festzustellen, wie selbst ältere verheiratete Kollegen trotz aller materiellen Not den Kursus mit großem Eifer mitmachten. Von einer Interesslosigkeit an dem Berufe kann also keine Rede sein. Allerdings waren die vom Kollegen Zimmermann vorgeführten Arbeitsmethoden und die dadurch erzielten Leistungen auch wirklich großartig, insbesondere war alles sehr praktisch und leicht faßbar, so daß die Kollegen das Gelernte auch sofort praktisch verwenden können. Kollege Zimmermann, Mannheim-Reckart, Friedhofstraße 3, ist bereit, auf Wunsch auch in anderen Städten Kurse abzuhalten. Die Filiale Worms kann ihn überall nur bestens empfehlen.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Verlag von D. W. Callwey in München. Von der für die Praxis wie auch für die allgemeine Fortbildung gleich wertvollen Fachschrift ist soeben das Heft 6, September 1921, des 41. Jahrganges erschienen. Neben Aufsätzen aus der Feder berufener Fachleute über die verschiedensten Gebiete des Kunstgewerbes und des Handwerkes bringt uns das Heft einige reizvolle Tafeln in farbiger Ausführung, die sowohl in malerischer, als auch in drucktechnischer Beziehung durchaus auf der Höhe sind. Tafel 21: Bemalte Portal von Ferd. Offen in Hannover, ist eine farbenfrohe Komposition in monumentaler Auffassung, die sich durchaus für die praktische Ausführung eignet und sonst in ihren Einzelheiten reiche Anregungen bietet. Ein Aufsatz im letzten Teil der Nummer über „Bemalte Portale“ des Künstlers reizt zu Versuchen in einer neuartigen Technik, die dem individuellen Können neue Wege weist und alle Möglichkeiten für künstlerische Gestaltungskraft in sich trägt. Tafel 22: Malerei für eine Kugelbahn von Emil Bloch in Leipzig, bringt eine in drei Farben gehaltene flott wirkende figurliche Darstellung. Die beiliegenden Pausen und die mit geringsten Mitteln auskommende Manier ermöglichen es auch Nichtakademikern, sich an die Ausführung dieser humorvollen Aufgabe zu wagen. Tafel 23: Decke und Wand für ein Gastzimmer von M. Sternagel in München, ist geeignet, manchen Gegner in seiner strikten Ablehnung des Expressionismus schwankend zu machen, wenn dessen Gegenschäft es nur zuläßt, sich in die vorliegende Arbeit ein wenig zu vertiefen. Die systematische Einteilung hält sich streng an die gegebene flächige Form von Decke und Wand; der Praktiker ist nicht an die auf der Vorlage etwas trüb wirkende graue Färbung gebunden. Tafel 24: Papageien und andere Vögel von Karl Sommer in Dillingen lebensvoll gezeichnet, vervollständigt den guten Eindruck, den das angelegene Fachblatt im vorliegenden Heft aufs neue verdient.

Der Verlag der Deutschen Malerzeitung „Die Mappe“ hat bisher allmonatlich ein Vorlagenheft und jede Woche eine Textausgabe zu dem sehr billigen Preise von 15 M. vierteljährig geliefert. Mit einer Begründung, deren Echtheit man sich nicht entziehen kann, wird jetzt eine Erhöhung auf 20 M. vierteljährlich angekündigt. In Anbetracht der ganz vorzüglichen Ausstattung und der allseitig anerkannten praktischen Verwendbarkeit des Gebotenen ist zu hoffen, daß nicht nur die bisherigen Abonnenten dem Verlag die Treue bewahren, sondern daß noch eine große Anzahl neuer hinzukommt, damit der Verlag seiner wertvollen Aufgabe auch weiterhin nachkommen kann.

Literarisches.

Die notwendige Verständigung der Arbeiterklasse. Möglichkeiten und Voraussetzungen. Von Victor Schiff. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 2 M. Dieser Schritt werden einerseits die wachsenden reaktionären Gefahren geschuldet, deren Abwehr bei einer dauernden Spaltung immer schwieriger wird, andererseits die Grenzen der gegenwärtig möglichen Einigung scharf gezogen und schließlich das rückhaltlose Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur positiven Arbeit von der U.S.P. als Voraussetzung einer Wiedervereinigung begründet und verlangt.

Geschäftsbericht des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Juli 1921. Berlin SO 16, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Protokoll der 28. Generalversammlung zu Gießen vom 29. Mai bis 4. Juni 1921. Bochum, Selbstverlag des Verbandes.

Konjum, Bau- und Sparverein „Produktion“. e. G. m. b. H. Hamburg. Geschäftsbericht über das 22. Geschäftsjahr mit den Berichten der Handelsgesellschaft „Produktion“ m. b. H. in Hamburg und der Bau- und Grundstückerwerbs-Gesellschaft „Produktion“ m. b. H. in Altona 1920.

Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiterverbandes für 1920. Berlin O. 27. Verlag von Karl Hübsch.

Jahrbuch des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter für 1920. Im Selbstverlag des Verbandes. Berlin 1920.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands im Jahre 1920. Selbstverlag des Buchbinderverbandes, Berlin.

Zentralverband der Schiffszimmerer Deutschlands. Protokoll der 15. Generalversammlung in Hamburg, abgehalten vom 8. bis 12. Mai 1921. Hamburg, Verlag von G. Wers.

Verband der Deutschen Outarbeiter. Jahresbericht für das Jahr 1920. Verlag von F. Siefert in Altenburg, S.-A.

Sterbetafel.

Berlin. Am 26. August 1921 starb der Kollege Julius Blümel, geboren am 11. August 1862 in Schreibersdorf. Ehre seinem Andenken!

Die Woche vom 18. bis 24. September 1921 ist die 38. Beitragswoche.

Mehrere selbständige Wagenlackierer
bei hohem Lohn und Arbeit gesucht.
Karoermeister
van Kuppen G. m. b. H. & Co.,
Eiffel, Fabrikstr. 20

Einige tüchtige Wagenlackierer
für dauernde, gutbezahlte Beschäftigung gesucht.
Fahrzeug-Werke,
Jonis b. Delfau.

Suchen für sofortigen Eintritt in Dekorationsmalerei bei hohem Lohn mehrere tüchtige
Maler und Aufstreicher.
H. Hothaus,
Rathhausstr. 1-3, Dilligau.

Wilhelm Walter
Tele, Lacke, Seime
Tüchtige Beschäftigte für
Maler und Lackierer.
Hamburg, Bernstraße 72.
Gründungszeit von 6 1/2 bis 7 Uhr.

Malergehilfen
sollt sofort ein
Reuschel & Weitan,
Vad Sattlerstr. i. Schleien.

Private Malerkurse
v. Heinrich Costes, Zweibrücken (Pfalz).
1. Abt. f. Dekorationsmalerei, 11. Abt. f. Holz-, Marmor- und Schriftmalerei.
Dauer des Kurzes: 15. Okt. b. 15. Febr. Eintritt jed. Prosp. grat.

Jeder Kollege
bittet sofort einen Probeband
„Der Dekorationsmaler“
3 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbtafeln. Preis 6 A bei Vor-
einblendung des Betrages.
Karl-Verlag, München 39.

Malermantel
wieder in guten Qualitäten lieferbar:
110 120 130 cm lang
85 95 105 A p. St.
bis Oberweite 108.
D. Wurzel & Co.
Berlin SO.
Strandstraße 13.
Fernruf-Hörpl. 12359

Malerschule Buxtehude
Größe und Älteste Fachschule für Dekorationsmaler.
Letzte Frequenz 153 Schüler, 35 Meisterprüfungen.
Zehn gold. Medaillen u. Ehrenpreise. Silberne Staatsmedaille 1914.
• Wintersemester 1921/22: 1. Oktober bis 31. März.
• Meisterkurse • Akademiekurse • Sonderkurse.
Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

25jährige Jubiläums-Kursus

Am 15. Oktober dieses Jahres beginnt der
25jährige Jubiläums-Kursus
in der Holz- und Marmoralei, und zwar beabsichtigen wir, genau wie im vorigen Jahre, in Anbetracht des teuren Lebensunterhaltes und der Kohlenknappheit, ein verkürztes Lehrverfahren durch einen dreimonatigen Unterricht einzuführen. Wir ermöglichen hierdurch jedem Teilnehmer, sich in dieser kurzen Zeit die nötige Fertigkeit in der Holz- und Marmor-Imitation anzueignen.
Man verlange nähere briefliche Auskunft.

Hamburger Holz- und Marmorschule
Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.

Ein lohnender Beruf für Maler

bietet sich durch Teilnahme an den 1-Monats-Sonderkursen in der Holz-, Marmor-, Schriften-, Glasschildervergoldungs- und vornehmlich Dekorationsmalerei in Schott's Maler-Technikum. Seit 1906 in der Praxis gut bewährt. Glänzende behördl. Gutachten. Viele u. große Vorzüge. Ueberall anerkannt. 10 bewährte Lehrkräfte. Gewissenhafte gründl. Ausbildung. Einzigartiges Lehrsystem. Meisterkurse, Meisterprüfungen. Mäßiges Schulgeld. Kriegsbesch. Preisermäßigt. Semesterbeginn 4. Okt. Eintritt jederzeit, solange Plätze frei. Gute Wohn- u. Verpflegungsverhältnisse. - Verlangen Sie noch heute die ausführl. Aufklärungsschrift Nr. 14; Lehrplan usw. von der Direktion
Medienburg. Maler-Schulhaus, Schwerin I. N. 5.

Soeben erschien:

Farbige Bauernhäuser und Landhäuser. 12 farbige Tafeln auf Büttenkarton, 22 1/2 x 33 cm. 22 A. franko.
Farbige Rahmenbilder und Aufschriften mit den dazu gehörenden Alphabeten, 20 Tafeln 17 x 24 cm. 16 A. franko.
Farbige Entwurfs- zur Ausführl. bürgerlicher Wohnräume. 20 Tafeln 17 x 24 cm. 16 A. franko.
In bezug hierauf vom Verlage der „Münchener Malerzeitung“, München-Pasing.
Einzelungen und Bestellungen am besten und billigsten durch Postkarte auf mein Konto:
Georg Heyder Verlag, Pasing, Postfach 10 München 19 021.

Immer noch werden tüchtige Holzmaler
Maler- u. Zierporenenverfahren F. H. P. u. D. H. P. a.
gründlich eingearbeitet sind und saubere Arbeit leisten.

Eine hohe Verdienstmöglichkeit

muß auch Sie anerkennen, sich diese fortschrittliche Arbeitsmethode
praktisch aneignen. Dazu bietet sich der Selbstunterricht
nach meiner Broschüre (gegen Nachnahme von 9,10 M.). Bei Be-
teiligung von mindestens 10 Schülern auch achtstündige Lehrkurse
an allen Plätzen des Reiches, sonst aber verlässliche Unterrichts-
kurse mit individueller Ausbildung in Kleinserie. Unterricht
gesteuert. Honorar sehr mäßig. Erfolg garantiert. Kosten-
freie Stellungsvermittlung! Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Robert Didenbruch, Farbenfabrik, Kleinfeld i. B.
Telefon 4 und 12. Drahtwort: Kosparfarben.

Arbeitslose

oder eine selbständige Erlernung Suchende, die
wöchentlich 300 bis 400 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon
von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Pausen zur
Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von
Plat- und Schildermalereien aller Art ausbilden. Mit Hilfe meiner
Buchstabenpausen kann jeder sofort die saubersten Glasbildmalereien
herstellen. Besonders sehr nützlich sind die ganz neuen Aluminium-
Glasbildmalereien, die etwas ganz Neues und Kornewes sind. Ganz
Serien Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelpaaren, jedes Al-
phabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten
und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Zahlen
und Verzierungern in 4 verschiedenen Größen nebst fertigen Brillantglas-
schild mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von allein 10 A.
einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer
Gebrauchsanweisung; Preis der kompletten Serie nur 37 A gegen
Nachnahme oder Einblendung des Betrages von 38 A.
Albin Huttmacher, Maler, Dillen 5, Rheinfeld.